

Kann Freihandel den Globalkapitalismus retten?

Sie kriegen die Krise seit fünf Jahren nicht in den Griff. Sie fürchten immer noch und immer eindringlicher den System-Crash. Dabei haben sie die Krise mit ihrer Politik der unendlichen Geld- und Kreditschöpfung selbst ausgelöst. Natürlich ist hier die Rede von den USA – und von ihrem Herrschaftsinstrument: dem Globalkapitalismus! In dem Maß, wie ihre eigene ökonomische Kraft in den letzten Jahrzehnten erodierte, bedienten sich die USA des Weltwirtschaftssystems zum Zwecke des Machterhalts und der Machterweiterung. Mit dem Freihandelsdogma von Adam Smith und David Ricardo aus dem 18. Jahrhundert hatten sie sich zur führenden Weltwirtschaftsmacht emporgearbeitet. Jetzt soll ihnen dieses uralte Dogma den Machterhalt sichern und sie vor dem Absturz bewahren.

In seiner Rede zur Lage der Nation kündigte US-Präsident Barack Obama im Februar¹ an, daß die USA Verhandlungen über einen Freihandel mit der EU führen werden. Kanzlerin Merkel hatte dies in den Wochen vorher bereits mehrmals angeregt. Wer da wohl den ersten Impuls gesetzt hat? Schon drei Jahre zuvor hatte der US-Präsident einen seiner mysteriösen Träume, als er in fünf Jahren den Export verdoppeln und damit zwei Millionen zusätzliche Arbeitsplätze schaffen wollte². Doch das Handelsbilanzdefizit der USA hat sich seitdem nicht gebessert, obwohl die USA mit Niedrigzinspolitik und steigender Staatsverschuldung ihren Dollar ständig abgewertet haben. Auch heute versprechen Exportindustrie und Verbandsfunktionäre beiderseits des Atlantik mehr Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum. Sie haben dabei den „Segen“ der Ökonomen-Kaste, obwohl die Geschichte oft genug das Gegenteil bewiesen hat:

So verhindert der erzwungene Freihandel seit Jahrzehnten z.B. die Entwicklungsländer am Aufbau einer eigenen Agrarproduktion, weil sie aus Übersee weit unter den eigenen Gesteungskosten beliefert werden können und die Exporteure dabei noch gut verdienen. Die Wirtschaftsgeschichte kennt noch bedeutendere Beispiele aus den Jahrhunderten zuvor: Die USA selbst und auch England hatten, bevor sie zur führenden Wirtschaftsmacht ihrer Epoche aufgestiegen waren, diese Führungspositionen erst dadurch erreicht, daß sich dem Freihandel erfolgreich verwehrt hatten, wie man bei Friedrich List nachlesen kann³. Doch wer von den heutigen Ökonomen liest noch Friedrich List? Auch Deutschland wäre nie zur führenden Wirtschaftsmacht Europas im 19. Jahrhundert aufgestiegen, wenn es der Freihandelslehre „auf den Leim“ gegangen wäre. In jüngster Zeit hat die rücksichtslose Zerschlagung der ehemaligen DDR-Wirtschaft, die heute noch mit 70 Prozent der westdeutschen Produktivität hinterherhinkt, bewiesen, welche Schäden der uneingeschränkte Freihandel anrichten kann⁴.

Als gäbe es diese Fakten nicht, als gäbe es die Geschichte nicht, haben sich sofort nach Obamas Rede die dienstbaren Ökonomen dieser Zeit angeboten, mit wissenschaftlichen Gutachten die Vorteile des Freihandels nachzuweisen. So teilte das IFO-Institut in München mit, daß in Europa durch dieses Freihandelsabkommen 400.000 neue Arbeitsplätze,

¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung., Donnerstag, den 14.02.2013, Seite 1. [Quelle](#)

² Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.03.2010 Seite 15.

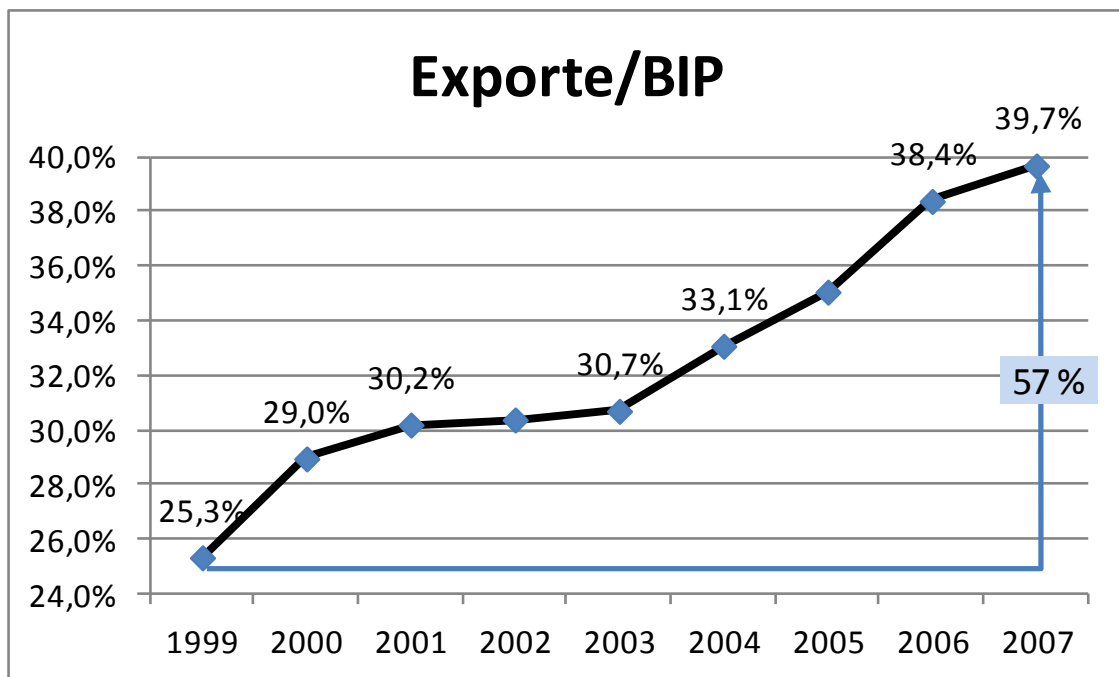
³ Friedrich List: „Das nationale System der Politischen Ökonomie“, Stuttgart 1841.

⁴ Vgl. hierzu: www.hpatzak.de; Der Euro entlarvt Deutschlands Eliten, Teil 4: „Die Legenden über die DDR-Wirtschaft.“

davon in Deutschland allein 110.000, entstehen **könnten**.⁵ Dabei weiß man heute noch gar nichts über die Modalitäten des geplanten Abkommens. Auf vielen Gebieten stehen dem Projekt massive Hindernisse im Weg: Die Gentechnik und Hormonfleischbehandlung bei Nahrungs- und Futtermitteln, im KFZ-Bereich die divergierenden Gesetze zur CO₂-Gesetzgebung. In der Pharma- und Chemieindustrie müßten die Zulassungs-, Haltbarkeits- und Umweltauflagen harmonisiert werden, um nur wenige Beispiele zu nennen. Frühestens in zwei Jahren könnten die Verträge ratifiziert werden!

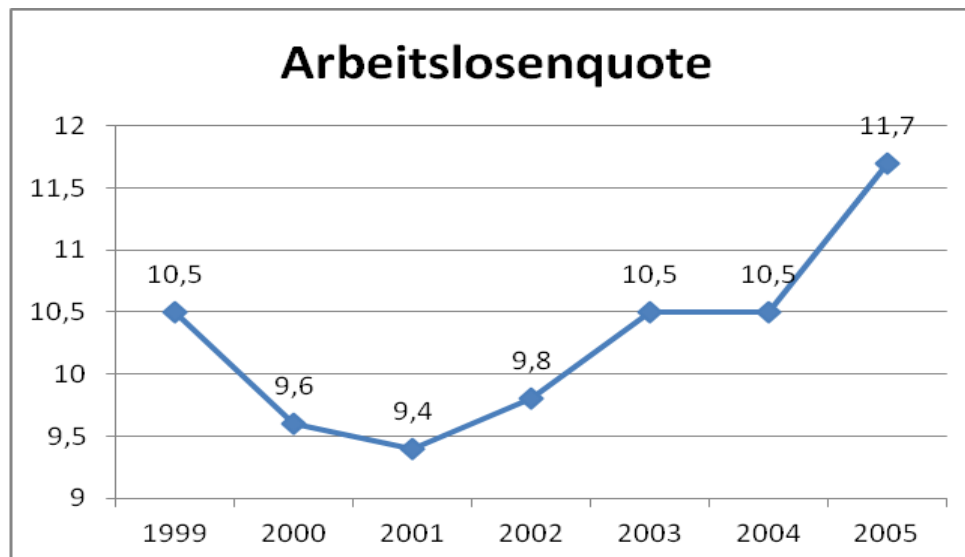
Danach werden die Akteure aber erst vor dem eigentlichen Problem stehen: Beide Seiten wollen mehr produzieren und ihre Exporte in der jeweils andere Region verkaufen (wollen). Es stellt sich die Frage, warum sie dort jetzt verkaufen können, was sie im eigenen Land bisher nicht vermochten? Es handelt sich doch in der Regel um Produktkategorien, die in der jeweils andere Region auch schon vorhandenen waren! Angenommen das gälänge, dann würden genau so viele Arbeitsplätze vernichtet, wie geschaffen! Was hätte man dann erreicht?

Hat man diesbezüglich in den letzten Jahren in Deutschland nicht einschlägige Erfahrungen gemacht, insbesondere nach der Einführung des Euro im Jahr 1999? Deutschland hat seine Exporte nach 1999 ganz erheblich gesteigert, wie die nachstehende Graphik veranschaulicht:



Die Exportquote stieg von 25,3 Prozent im Jahr 1999 auf 39,7 Prozent im Jahr 2007, also um 57 Prozent! Es war die Zeit, da man den Deutschen einredete, sie können stolz sein, daß sie Exportweltmeister sind. Und viele glaubten das auch. Sie glauben es noch heute. Doch wie sich diese Exportsteigerung auf die Arbeitsplätze und damit natürlich auch auf den Wohlstand ausgewirkt hat, zeigt die nachstehende Graphik:

⁵ F.A.Z., Freitag, den 01.03.2013 Wirtschaft 16, [Quelle](#)



Die Arbeitslosenquote ist nicht kleiner, sondern sogar größer geworden! Die Rot-Grüne Koalition unter Kanzler Schröder mußte in der Schnelle ein Programm zusammenflicken, das die Armut verwalten sollte. Heute geht die Legende, daß dieses Programm: Hartz IV genannt, die Ursache für das Wiedererstarken der deutschen Wettbewerbsfähigkeit sei, doch die eigentliche Ursache war die von der Not erzwungene Lohnzurückhaltung. Auch die Gewerkschaften mußten sich der Macht beugen, die von den weltweit freien Güter-, Leistungs-, Arbeits-, und Kapitalmärkten ausging! Doch zurück zur höheren Arbeitslosigkeit trotz steigender Exporte: Eine interessante Frage wäre, ob diese Entwicklung trotz oder sogar wegen der Exportsteigerung zustande gekommen ist? Jedenfalls ist die **Legende, daß eine hohe Exportquote und Exportüberschüsse die Arbeitslosigkeit senkt und den Wohlstand erhöht, auch durch die Fakten der jüngsten Geschichte widerlegt.**

Warum werden diese Fakten in den Medien verschwiegen? Warum werden sie nicht öffentlich diskutiert? Dabei hat im Falle Deutschlands kein geringerer als Hans-Werner Sinn, der Präsident des IFO-Instituts München nachgewiesen⁶, warum eine hohe Exportquote und steigende Exportüberschüsse die Arbeitslosigkeit nicht verringern, sondern erhöhen können. Er nennt als **Ursache gerade den uneingeschränkten Freihandel von Waren, Dienstleistungen und freie Kapital- und Arbeitsmärkte!** Er belegt, daß sogar die **steigenden Importe von Vorprodukten**, die die Exportindustrie benötigt, **Arbeitslosigkeit im Exportland erzeugt**. Um wieviel größer muß dann erst die Wirkung zusätzlicher Importe von Waren und Leistungen sein, die mit den inländischen Produkten und Leistungen konkurrieren? Delikat ist dabei, daß gerade das Ifo-Institut, dessen Präsident ja Hans-Werner Sinn ist, zu den ersten wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten gehörte, die den angeblich wissenschaftlichen Nachweis erbrachten, wieviel zusätzliche Arbeitsplätze der geplante Freihandel zwischen EU und den USA bringen wird.

Freihandel hat in der Vergangenheit starke Volkswirtschaften mächtiger gemacht. Die USA sind keine starke Volkswirtschaft mehr, sie haben ihre Schwerpunkte von der Industrieproduktion auf Finanzgeschäfte verlegt. Das läßt sich nicht von heute auf morgen rückgängig machen. Das Projekt „Freihandel“ ist zum Scheitern verurteilt.

www.hpatzak.de

26.03.2013

⁶ „Hans-Werner Sinn: Die Basar-Ökonomie, Deutschland Exportweltmeister oder Schlußlicht?“, Ullstein-Verlag 2007.